



Ähnlich dieser Anlage in Neumünster bei Kiel möchte Hermann Hofmann unterstützt von Buderus Edelstahl und einem noch zu findenden Geldgeber im Wetzlarer Dillfeld ein Verbrennungskraftwerk für behandelten Restmüll bauen, um Strom zu produzieren.

Kraftwerk nur ein Bluff?

Planung gerät ins Stocken / Krach hinter den Kulissen der CDU

Von Ralph Menz (0 64 41) 95 91 95
r.menz@mittelhessen.de

Wetzlar. Die Planungen für das 110 Millionen Euro teure Verbrennungskraftwerk im Wetzlarer Dillfeld sind ins Stocken geraten. Hatten die Initiatoren des Projektes, Buderus Edelstahl und der heimische Müllverwerter Hermann Hofmann, beim gewünschten Grundstücksverkauf durch die Stadt Wetzlar noch mächtig Dampf gemacht, so geht es jetzt nicht mehr mit ganz so großen Schritten voran. Nach Informationen dieser Zeitung ist noch kein Antrag gestellt, um das Genehmigungsverfahren beim Regierungspräsidium (RP) Gießen zu starten.

Dort rechnet man - inoffiziell - auch nicht damit, dass dies in den kommenden Monaten geschehen wird. Fraglich ist auch, ob sich die vom Parlament beschlossene Begrenzung der Grenzwerte zusammen mit dem Grundstücksverkauf umsetzen lässt.

Das Wetzlarer Stadtparlament hatte im November einem Grundstücksverkauf für das geplante Verbrennungskraftwerk im Dillfeld zugestimmt - jedoch nur, wenn sich der Betreiber auf strengere Abgasgrenzwerte verpflichtet, als es der Gesetzgeber vorschreibt. Jährlich sollen in dem Kraftwerk rund 300 000 Tonnen aus Restmüll gewonnener Brennstoff, so genanntes Trockenstabilat, verfeuert werden, um für das Edelstahlwerk von Buderus Strom und Wärme zu gewinnen.

Einen Vertragsabschluss über das Grundstücksgeschäft werde es dieses Jahr nicht mehr geben, sagte gestern Wetzlars Oberbürgermeister Wolfram Dette (FDP) auf Nachfrage. „Wir bereiten derzeit die

Umsetzung der Rahmenbedingungen, wie sie der Stadtverordneten-Beschluss vorgibt, vor. Ein Notar wird dann mit der Ausarbeitung des Vertrags beauftragt“, sagte Dette.

Dass die Festschreibung der Grenzwerte über den Grundstücksverkauf nicht so einfach ist, wie es sich möglicherweise manch ein Stadtverordneter gedacht hat, belegt auch eine interne Einschätzung aus dem RP. Dort weist man darauf hin, dass genannte Grenzwerte im Rahmen des Grundstücksvertrages keinesfalls bindend für das Genehmigungsverfahren beim RP sind. Nur wenn der Antragsteller die mit der Stadt vereinbarten Werte im Genehmigungsverfahren einbringt, können sie auch in den Genehmigungsbescheid durch die Behörde übernommen werden, was dann auch für künftige Betreiber gelte.

Die Betreiber wollten sich jedoch auf die Festschreibung der Grenzwerte einlassen, bestätigte Dette: „Sie haben signalisiert, dass sie bereit und willig sind, die Bedingungen zu

akzeptieren.“

Antragsteller für das Kraftwerk soll die von Hermann Hofmann gegründete Firma „EBS Ersatzbrennstoffkraftwerk Wetzlar GmbH & Co. KG sein“. Daran, so bestätigte Buderus-Edelstahl-Geschäftsführer Karl-Peter Johann, werde Buderus nicht beteiligt sein. Als finanzieller Partner werde noch ein Unternehmen aus der Strombranche gesucht.

■ Noch kein Partner gefunden, Hofmann fährt in den Urlaub

Gespräche dazu würden laufen. Konkretes gebe es nicht.

Während noch versucht wird, das Projekt auf die Beine zu stellen, hat das Vorhaben schon zu politischen Verwerfungen geführt - spätestens seit dem sich die Kreis-CDU mit ihrem Abfallexperten Helmut Hund (Nauborn) mit markigen Worten gegen die Verbrennungsanlage ausgesprochen hat und der Wetzlarer CDU damit in den Rücken gefallen ist.

Hund spricht von einer technisch „primitiven Billigverbrennungsanlage“, die zu Lasten der Wetzlarer gebaut werden soll. Mit besserer Technik ließe sich Müll bei geringerem Schadstoff-Ausstoß verbrennen. Letztlich diene das Projekt nur dazu, das von Hermann Hofmann produzierte Trocken-

stabilat zu verbrennen, da es sonst nicht los werde.

Hinter verschlossenen Türen fällt im CDU-Lager sogar das Wort von „unanständigen Machenschaften“, mit denen Buderus versuche, auf Kosten der Wetzlarer Geld zu verdienen.

Karl-Peter Johann zu den Vorwürfen Hunds: „Eine polemische Diskussion. Mit dem rede ich nicht mehr.“

„Stinkesauer“ darüber, wie der Grundstücksverkauf im Wetzlarer Stadtparlament „durchgepeitscht“ wurde, seien etliche Wetzlarer CDU-Abgeordnete, so ein führendes CDU-Mitglied im vertraulichen Gespräch mit dieser Zeitung.

Wann beim RP ein Genehmigungsantrag eingereicht wird, darauf wollte sich Buderus-Geschäftsführer Johann gestern nicht festlegen. Ganz so eilig wie beim Grundstücksverkauf hat es offenbar auch Hermann Hofmann nicht mehr - weil er doch bis Ende Januar unter der Sonne Südafrikas.

So nährt sich nicht nur in den Reihen der Kreis-CDU die These, dass die Kraftwerkspläne ein großer Bluff sind, damit Buderus bei den Verhandlungen mit den Stromkonzernen (die Energiekosten am Standort Wetzlar betragen monatlich drei Millionen Euro) über zukünftige Lieferverträge ein As im Ärmel hat.

Helmut Hund: „Das wäre nicht das erste Mal, dass in Deutschland derart gepokert wird.“